

Bern, den 26. Oktober 1953.

Nicht für die PresseAusgeteilt

Ma. OECE.793.1.1.  
 Sitzung des Rates der  
 OECE vom 29./30.10.53  
 betr. Antrag der OECE auf  
 Ausdehnung der Liberali-  
 sierung.

An den Bundesrat

Wir beehren uns, Ihnen im Einvernehmen mit dem Eidg. Politischen Departement in randvermerkter Sache den nachstehenden Bericht und Antrag zu unterbreiten:

I.

1. Seit Monaten werden im Rahmen der zuständigen Gremien der OECE - namentlich des Comité de Direction des Echanges (CDE) - Projekte hinzielend auf eine 100%ige Liberalisierung der Einfuhr geprüft. Einerseits sind es vor allem die Agrarausfuhrländer, die diese Ideen unterstützen, weil nach ihrer Auffassung im Landwirtschaftssektor die Liberalisierungen zu wenig weit fortgeschritten sind. Andererseits ist es aber auch das Generalsekretariat der OECE selbst, das im Hinblick auf gewisse Krisenerscheinungen in der Liberalisierung, vor allem wegen der bekannten Massnahmen Englands und Frankreichs, eine spektakuläre Beschlussfassung durch den Rat der OECE im Sinne einer 100%igen Liberalisierung für notwendig hält, um die Zukunft der Liberalisierung sicherzustellen.

2. Zu diesem Behufe hat deshalb das Generalsekretär der OECE, Herr Marjolin, den nach ihm genannten Plan auf eine 100%ige Liberalisierung lanciert. In ähnlicher Weise hat auch das Comité de Direction des Echanges ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Dieses ist reichlich kompliziert und hat wohl wenig Aussicht, in erster Linie behandelt zu werden. Wir beschränken uns daher in den nachstehenden Ausführungen im wesentlichen auf den Plan Marjolin und werden am Schlusse des Kapitels II (Ziff. 3) nur ganz kurz auf das Projekt des Comité de Direction des Echanges eintreten.

3. Der Plan Marjolin (vgl. Beilage 1) sieht also eine 100%ige Liberalisierung vor unter den zwei Bedingungen:

- a) dass Gewissheit über die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion um ein Jahr nach dem 30. Juni 1954 bestehe, und

- 2 -

b) dass Frankreich und England global mindestens 75%, und in jeder der drei Kategorien: der landwirtschaftlichen Produkte, der Rohstoffe und der Fertigfabrikate mindestens 60% wieder liberalisieren.

Es ist vorgesehen, dass der Rat der OECE sich vor dem 1. April 1954 besammeln soll, um festzustellen, dass diese beiden Bedingungen erfüllt sind.

Beim Inkrafttreten dieser 100%igen Liberalisierung soll eine bestimmte Anzahl von Ausnahmen provisorisch geduldet werden. Der Rat der OECE hätte am 29. Oktober 1953 diesbezüglich ein Gentlemen Agreement zu vereinbaren des Inhalts, dass das totale Ausmass dieser Ausnahmen auf dem Gebiete der Einfuhr jedes Mitgliedstaates, der keine Zahlungsbilanzschwierigkeiten kennt, ein Ausmass von ungefähr 5% nicht überschreiten dürfe.

Am 1. April 1954 würde für diese 100%ige Liberalisierung eine Versuchszeit von 6 Monaten bis zu einem Jahr beginnen, während der die OECE sich zu bemühen hätte, die vorerwähnten Ausnahmen von der Liberalisierung zum Verschwinden zu bringen und namentlich eine Verständigung über die Liberalisierung der landwirtschaftlichen Produkte zu erreichen, oder sich über andere Massnahmen betreffend eine Ausweitung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten zu verständigen, die für die Exportländer annehmbar wären. Ferner hätte die Organisation sich zu bemühen, die Art. 3. & 20 des Liberalisierungskodex (betr. Ausweichsklauseln mit Bezug auf den Stand der Zahlungsbilanz) zu ergänzen, um einen Missbrauch dieser Klauseln zu vermeiden. Für den Fall schliesslich, dass über diese letzteren Punkte eine einstimmige Verständigung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist, d.h. bis zum 1. April 1954, verwirklicht werden könnte, würde das System der 100%igen Liberalisierung ausser Kraft treten (bzw. nicht in Kraft treten) und das heutige System, das lediglich eine Liberalisierungsverpflichtung von 75% vorsieht, weiterhin gelten.

## II.

1. Diese Liberalisierungspläne sind im Schosse des Comité de Direction des Echanges schon mehrfach eingehend diskutiert worden. Diese Diskussionen und die seitherige Abklärung durch unsere OECE-Delegation in Paris lassen den Schluss zu, dass voraussichtlich an der kommenden Ratssitzung der OECE eine Mehrheit von Staaten entweder bedingungslos oder doch unter gewissen Voraussetzungen den hier vor geschilderten Plan Marjolin annehmen wird.

2. Nachstehend möchten wir nun die schweizerische Stellungnahme zum Projekt Marjolin, wie sie sich aus mannigfachen eingehenden Darlegungen des Herrn Minister Hotz im Comité de Direction des Echanges in Paris, der mehrfachen gründlichen **Behandlung** dieses Problems im Schosse der ständigen Wirtschaftsdelegation sowie schliesslich einer eingehenden Diskussion, die darüber anlässlich einer Aussprache vom

24. Oktober zwischen der Wirtschafts- und Finanzdelegation des Bundesrates und der ständigen Wirtschaftsdelegation, der auch die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank und ein Vertreter des Schweizerischen Bauernverbandes beiwohnten, ergeben hat, kurz umschreiben.

a) Vorerst scheint es zweckmässig, anlässlich der kommenden Ratssitzung die Frage zu stellen, ob der Plan Marjolin unter den heutigen Umständen wirklich einer Notwendigkeit entspricht. Die zuständigen schweizerischen Behörden sind nicht der Auffassung, dass dieser Plan im Hinblick auf die vorgesehenen Ausweichklauseln tatsächlich zu einer Verbesserung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Liberalisierung führen kann. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich eine Reihe von Ländern befinden, sind sie vielmehr der Meinung, dass es bei weitem vorzuziehen wäre, auf dem bisherigen Wege eines etappenweisen Vorgehens fortzuschreiten. Auch dieser Weg wird nach ihrer Ansicht nur dann erfolgversprechend sein, wenn gleichzeitig eine Reform der Europäischen Zahlungsunion verwirklicht wird (namentlich durch eine Erhöhung der Goldzahlungen). Die schweizerischen Behörden wären und sind jedem rein spektakulären Vorgehen, das sich von der Wirklichkeit entfernt, abgeneigt. Demgemäss sind sie der Auffassung, dass es vorzuziehen wäre, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt eine neue Liberalisierungsetappe von 90% beschlossen würde, wobei Frankreich und England bis zum 1. April 1954 mindestens 75% global und in jedem der drei Sektoren mindestens 60% zu liberalisieren hätten, und dass ebenfalls bis zum genannten Datum der Art. 3c des Liberalisierungskodex betreffend die Ausweichklauseln enger zu fassen wäre sowie die Zusicherung abgegeben würde, dass die Europäischen Zahlungsunion verbessert wird.

In diesem Sinne hätte unsere Delegation an der Ratssitzung vom 29. Oktober eine Erklärung gemäss beiliegendem Entwurf (Beilage 2) abzugeben.

b) Für den Fall, was wahrscheinlich ist, dass diese Auffassungen an der Ratssitzung nicht durchdringen sollten und auf den Plan Marjolin eingetreten werden müsste, wäre gegebenenfalls eine kurze Erklärung in dem Sinne abzugeben, dass die Schweiz bereit sei, versuchsweise dem Plan Marjolin zuzustimmen, wenn Ausnahmen von der Liberalisierung bis zu mindestens 10% gestattet würden. Mit Bezug auf Art. 3c des Liberalisierungskodex, die Reliberalisierung Frankreichs und Englands sowie die Reform der OECE wären in diesem Falle ebenfalls die Vorbehalte anzubringen, wie sie am Schlusse der Beilage 2 zusammengefasst sind.

c) Da es aber kaum wahrscheinlich ist, dass der genannte Vorbehalt von 10% zur Annahme gelangt, weil ja eine Reihe von Staaten bereits 90% liberalisiert, hat es sich als notwendig erwiesen, eine Erklärung der schweizerischen Delegation für diesen letzteren Fall vorzubereiten (vgl. Beilage 3). Sie geht davon aus, dass die Schweiz

- 4 -

sich von jeher von dem Gedanken, der dem Plan Marjolin zu Grunde liegt, nämlich einer sehr liberalen Importpolitik, hat leiten lassen, indem sie seit Jahren eine Einfuhrpolitik zur Anwendung gebracht hat, die mit einem Minimum von Beschränkungsmaßnahmen darauf gerichtet war, ein Maximum effektiver Einfuhren zuzulassen und zu verwirklichen. Bei diesem Anlass wäre darauf hinzuweisen, dass die wenigen Beschränkungsmaßnahmen der Schweiz unabdingbar aufgedrängt werden, einmal durch ihr internationales Statut der Neutralität, an dem sie nachdrücklich festhält, und sodann durch die besondern Probleme strategischer Natur, denen sie sich gegebenenfalls gegenübergestellt sieht. Die besondere Lage der Schweiz rechtfertigt denn auch die Haltung, die sie heute gegenüber dem Plan Marjolin einnimmt.

Angesichts dieser Sachlage können die schweizerischen Behörden dem Plan Marjolin nur zustimmen unter der Voraussetzung, dass die OECE die schweizerischen Verpflichtungen bezüglich des schlussendlich festzulegenden Liberalisierungsprozentsatzes als erfüllt betrachtet, auch wenn wir durch die Wahl einer neuen Berechnungsgrundlage für die Liberalisierung (und ohne dass wir unsere heutigen Liberalisierungslisten kürzen) den neuerdings vorzuschreibenden Liberalisierungsprozentsatz nicht erreichen sollten.

Unsere Berechnungen haben namentlich gezeigt, dass die der schweizerischen Landwirtschaft vom Bundesrat abgegebenen Zusicherungen für die landwirtschaftlichen Produkte bei der Liberalisierung nicht über rund 60% hinauszugehen, nur dann eingehalten werden können, wenn wir auf allen drei Sektoren insgesamt nicht mehr als rund 90% liberalisieren.

Die schweizerische Haltung in dieser Frage ist bei diesem Anlass erneut mit aller Deutlichkeit/ der nachstehenden Erwägungen zu begründen:  
auf Grund

Erstens ist darauf zu verweisen, dass das sog. Dreiphasensystem während einer langen Zeit des Jahres einer effektiven Liberalisierung gleichkommt.

Zweitens ist hervorzuheben, dass die landwirtschaftlichen Kontingente in den Fällen, wo das Dreiphasensystem nicht zur Anwendung gelangt, auf bilateralem Wege festgelegt werden und dass diese Kontingente eine Einfuhr ermöglichen, die, wie die Handelsstatistik dies mit aller Wünschbarkeit beweist, eine sehr liberale Behandlung der betreffenden Produkte bedeutet und daher als durchaus zufriedenstellend betrachtet werden kann.

Drittens ist ferner mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass weder direkt noch indirekte Massnahmen dieses liberale Einfuhrregime verfälschen, das zudem bekanntlich noch durch sehr niedrige Zollansätze untermauert ist.

Schliesslich wird unsere Delegation die Annahme des Planes Marjolin von der weiteren Bedingung abhängig zu machen haben, dass der Art. 3c des Liberalisierungskodex im Sinne einer einschränkenderen

- 5 -

Anwendung verbessert wird, dass Frankreich und Grossbritannien sobald als möglich eine Liberalisierung von mindestens 75% wieder erreichen und dass schliesslich Gewissheit dafür bestehen muss, dass im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion für das Problem der effektiven Zahlungen eingesunderes System als das zurzeit angewandte, zur Verwirklichung gelangt.

Man ist sich darüber einig geworden, dass es genügen würde, diese Erklärung in das Protokoll der Ratssitzung der OECE aufzunehmen.

d) Zusammenfassend stellen wir nun folgendes fest:

Vorerst wird zu versuchen sein, unserer Idee des etappenweisen Vorgehens in der Liberalisierung zum Durchbruch zu verhelfen (Beilage 2). Falls dies nicht möglich ist, wäre unter den genannten Vorbehalten dem Plan Marjolin mit einer Möglichkeit von 10% Ausnahmen von der Liberalisierung zuzustimmen. Der Erfolg auch dieser Möglichkeit wird kaum hoch zu veranschlagen sein. Es ergibt sich daher die weitere Rückzugslinie, wie sie in der zweiten Erklärung (Beilage 3) hier vor einlässlich dargelegt wurde.

Sollte, was nicht wahrscheinlich erscheint, auch diese schweizerische Stellungnahme nicht angenommen werden, so müsste darnach getrachtet werden, eine Verschiebung der Beschlussfassung zu erreichen. Als ultima ratio müsste der Fall ins Auge gefasst werden, dass die schweizerische Delegation ihr Veto einreichen würde. Es ist zwar kaum anzunehmen, dass es soweit kommen dürfte.

3. Für den wenig wahrscheinlichen Fall, dass auf das Liberalisierungsprojekt des Comité de Direction des Echanges eingetreten würde, ist festzustellen, dass dieses Projekt in Ziffer 14 (Beilage 4) die dort vermerkten Ausweichklauseln enthält. Wir sind der Auffassung, dass das Projekt des Comité de Direction des Echanges zur Not angenommen werden könnte, vorausgesetzt, dass lit. b wie folgt abgeändert würde (unsere Abänderungen sind unterstrichen):

b) Celles dont la solution présente un caractère collectif. Pour celles-ci, l'Organisation élaborera des méthodes d'action satisfaisantes dans le cadre d'une coopération internationale féconde en vue d'une augmentation du commerce intreeuropéen.

Den bevorstehenden Verhandlungen im Rate der OECE kommt auch insoweit grosse grundsätzliche Bedeutung zu, - was hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt sei - als die Organisation des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) demnächst in das Stadium einer grundlegenden Revision eintreten wird und eine für uns günstige Behandlung einer Reihe in diesem Berichte berührter Fragen in Paris unter Umständen ein für uns wertvolles Präjudiz für eine Neufassung des GATT haben könnte. Dieser Seite des Problems ist besondere Beachtung zu schenken, weil es erwünscht wäre, wenn das GATT in einem Sinne neu gestaltet werden könnte, der der Schweiz den Beitritt zu dieser Organisation ermöglichen würde.

- 6 -

Im übrigen hat es die Meinung, dass die vorstehenden Darlegungen in materieller Beziehung als Richtlinie für unsere Delegation zu gelten haben und dass ihr selbstverständlich mit Bezug auf das formelle und taktische Vorgehen je nach dem Gange der Verhandlungen weitgehend Freiheit gelassen werden muss.

### III.

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen gestatten wir uns, Ihnen den folgenden

#### A n t r a g

zu unterbreiten:

1. Vom vorstehenden Bericht wird zustimmend und im Sinne von Instruktionen für die schweizerische Delegation an der Sitzung des Rates der OECE vom 29./30. Oktober 1953 Kenntnis genommen.
2. Der Chef des Eidg. Politischen Departementes wird ermächtigt, auch diesmal die Schweiz an der Tagung des Rates der OECE vom 28./29. Oktober 1953 in Paris zu vertreten.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Petitpierre

sig. Rubattel

4 Beilagen,  
erwähnt.

P.A. geht zum Vollzug an das Eidg. Politische Departement (6 Exemplare); an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Generalsekretariat 2 Exemplare, Handelsabteilung 10 Exemplare); an das Eidg. Finanz- und Zolldepartement (6 Exemplare); an die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank (3 Exemplare); an die Schweizerische Delegation bei der OECE in Paris (3 Exemplare) zur Kenntnisnahme.

Beilage 1

Projet de libération intégrale des échanges en vue  
d'une décision à prendre par le Conseil des Ministres  
de l'OECE, le 29 octobre 1953  
(Plan Marjolin)

1. Il ne peut s'agir que d'une décision d'exécution, la décision de principe ayant déjà été prise dès 1950 et incorporée dans le Code de libération. Le Conseil devra décider que la libération intégrale des échanges entrera en vigueur à une date précise, par exemple le 1<sup>er</sup> avril 1954.

2. Cette entrée en vigueur de la libération intégrale le 1<sup>er</sup> avril 1954 sera subordonnée à deux conditions, et à deux conditions seulement:

- (a) Certitude que l'U.E.P. sera prolongée pour un an au delà du 30 juin 1954.
- (b) Relibération par la France et l'Angleterre à concurrence d'au moins 75 % globalement et des 60 % dans chacune des trois grandes catégories de produits.

Le Conseil des Ministres se réunira une nouvelle fois avant le 1<sup>er</sup> avril 1954 pour constater que ces deux conditions sont remplies.

3. Au moment de l'entrée en vigueur de la libération intégrale, un certain nombre d'exceptions seront provisoirement tolérées. Un "gentlemen's agreement" devrait être conclu le 29 octobre 1953 pour que le total de ces exceptions ne représente pas plus de 5 % environ du commerce d'importation de chaque pays qui n'a pas de difficultés de balance des paiements.

4. Le 1<sup>er</sup> avril 1954 commencera à courir une période probatoire dont la durée pourrait être de six mois à un an, pendant laquelle l'Organisation s'efforcera:

- (a) De faire disparaître les exceptions prévues au paragraphe 3 ci-dessus et en particulier d'aboutir à un accord sur la libération des produits agricoles, ou "sur toutes mesures visant à l'élargissement du commerce des produits agricoles, qui seraient acceptables par les pays exportateurs.

- 2 -

- (b) D'amender les articles 3 et 20 (clauses échappatoires se rapportant à l'état de la balance des paiements) pour éviter qu'il n'en soit fait un usage abusif.

5. Si un accord unanime sur les deux points mentionnés ci-dessus au paragraphe 4 ne peut être réalisé dans les délais prévus, la décision de libération intégrale cessera d'avoir effet et le système actuel, qui ne prévoit une libération obligatoire qu'à concurrence de 75 %, reprendra force.

---

Première déclarationBeilage 2

Projet de déclaration pour la réunion du  
Conseil des Ministres de l'OECE des 29 et 30 octobre 1953

---

Les Autorités fédérales, après avoir examiné attentivement le plan Marjolin, se sont demandées si ce dernier s'avèrerait vraiment nécessaire dans les circonstances actuelles.

De plus, en raison des clauses échappatoires elles se sont demandées quel sera l'effet de sa mise en application. Elles ne croient pas que ce plan permette, à lui seul, d'aboutir à une amélioration effective dans le domaine de la libération; elles croient plutôt à une période d'efforts par étapes selon les méthodes appliquées actuellement et parallèlement à une révision de l'Union européenne de paiements. Les Autorités fédérales ont toujours été et restent adversaires de toute action qui s'éloignerait par trop des réalités. C'est la raison pour laquelle elles estimeraient préférable que l'organisation admette, à ce stade, qu'un nouvel état de libération soit franchi, qui pourrait par exemple être fixé à 90%, étant entendu que les principaux pays réaliseront 75% au minimum au 1er avril 1954 et, qu'à cette même date, l'article 3 c du Code de la libération sera renforcé et que l'assurance d'une Union européenne de paiements améliorée pourra être donnée.

Beilage 3Deuxième déclaration

Projet de déclaration pour la réunion du Conseil  
des Ministres de l'OECE des 29 et 30 octobre 1953

---

De la discussion qui vient d'avoir lieu il semble résulter qu'une majorité n'était pas acquise au Conseil sur la proposition que j'ai eu l'honneur de présenter, j'estime le moment venu d'exposer l'attitude adoptée par les Autorités fédérales à l'égard du projet de décision présenté par Monsieur le Secrétaire général. Elles estiment tout d'abord, - et elles osent croire que leur point de vue sera partagé par le Conseil -, que la Suisse s'est d'ores et déjà inspirée des idées qui président au plan Marjolin. En effet, la Suisse a adopté et pratiqué depuis de longues années une politique d'importation permettant, avec un minimum de mesures de contrôle, de créer et de maintenir un volume maximum d'importations effectives.

Les contrôles minima auxquels il est fait allusion lui sont dictés impérieusement, tant par le statut international auquel elle reste fermement attachée que par les problèmes particuliers et notamment stratégiques auxquels elle doit ou pourrait être appelée à faire face le cas échéant.

Le statut unique qui est le sien justifie l'attitude qu'elle adopte aujourd'hui à l'égard du nouveau plan de libération.

Les Autorités fédérales ne peuvent donc donner leur accord au projet de décision qu'à la condition que l'organisation considère comme remplies les obligations de la Suisse à l'égard du pourcentage de libération prescrit, même si par le choix d'une autre période de calcul (sans qu'elle réduise sa liste actuelle de libération) elle n'atteignait pas ce pourcentage. Son attitude est justifiée par les considérations suivantes:

./.

- 2 -

Un examen de la politique suisse d'importation ferait ressortir

- 1<sup>o</sup> que le système dit des trois phases constitue une libération effective pendant une longue période de l'année;
- 2<sup>o</sup> que les contingents agricoles - là où le système des trois phases n'est pas applicable - sont fixés par la voie bilatérale et permettent une importation qui équivaut - les statistiques le prouvent surabondamment - à un traitement très libéral qui peut être considéré comme satisfaisant et
- 3<sup>o</sup> qu'aucune autre mesure directe ou indirecte ne vient fausser l'application du régime que j'ai eu l'honneur d'exposer et qui bénéficie, je le souligne, d'un tarif douanier comprenant des taux très bas.

Mon gouvernement acceptera la proposition de M. Marjolin, étant entendu par ailleurs que l'article 3 c du Code de la libération devra être amélioré et renforcé, que la France et le Royaume-Uni atteindront le plus tôt possible un pourcentage de 75 % et qu'enfin un règlement du problème des paiements réels plus sain que le système actuellement en vigueur sera assuré.

Je vous saurais gré, Monsieur le Président, de faire inclure ma déclaration au procès-verbal.

Extrait du Document C (53) 250  
du 12 octobre 1953

Projet de libération du Comité de Direction des Echanges

---

Art 14. Le Comité de Direction des Echanges est parfaitement conscient, dans l'hypothèse où la décision préconisée au paragraphe 11 ci-dessus serait prise, de la nécessité dans laquelle certains pays membres se trouveront de présenter à l'appréciation de l'Organisation des exceptions à la règle.

L'expérience acquise dès à présent par l'Organisation permet de ranger ces dérogations éventuelles en deux catégories:

- (a) Celles dont la solution dépend exclusivement d'éléments nationaux et pour lesquelles chacun des pays membres peut trouver les moyens d'y mettre fin dans des délais prévisibles,
- (b) celles dont la solution présente un caractère collectif. Pour celles-ci, l'Organisation élaborera des méthodes d'action satisfaisantes dans le cadre d'une coopération internationale féconde qui, éventuellement par une augmentation progressive des contingents, chercheront à aboutir à l'élimination de ces exceptions.

Il est nécessaire, pour assurer la réciprocité, que les exceptions à la règle ne puissent s'appliquer qu'à une partie strictement limitée des importations de chaque pays membre en provenance de l'ensemble des autres.